



Bad Schwalbach, den 28.08.2020

Niederschrift

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	28/X. Wahlperiode
Datum	Donnerstag, 27. August 2020
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	17:33 Uhr
Ort	Cafeteria Kreishaus

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Sandro Zehner	
--------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Michael Barth	
Herr Ali Emamalizadeh	
Herr Maximilian Faust	Ab TOP 8
Herr Klaus Gagel	
Herr Matthias Hannes	Ab TOP 8
Herr Jan Kraus	
Herr Walter Lieber	
Herr Günter Linke	
Herr Georg A. Mahr	
Herr Karl Mayer	
Herr Stefan Müller	Ab TOP 6
Herr Thomas Zarda	

Stellv. Mitglied

Frau Helga Becker	
-------------------	--

Herr Lothar Metternich	
entschuldigt	
Herr Sebastian Busch	
Herr Joachim Reimann	
Dezernent	
Herr Günter F. Döring	
beratendes Mitglied	
Herr Benno Pörtner	
Schriftführer	
Herr Franco Matera	

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Ausschussvorsitzender Zehner eröffnet die Sitzung und stellt die frist- und ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung berichtet Landrat Kilian, dass TOP 12 zurückgezogen wird und TOP 18 im Kreisausschuss vertag wurde. Weitere Wünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.06.2020

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS X/1369 Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen zur "Covid19-Krise" für den Rheingau-Taunus-Kreis hier: Berichts Antrag Nr. 15/20 der AfD Fraktion vom 12.5.2020; Stellungnahme der Verwaltung

Eine Frage des Abg. Gagel wird von Landrat Kilian beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 3. DS X/1320 Stellungnahme zum Berichts Antrag 17/20 der AfD-KT-Fraktion vom 12.05.2020 betr. "Vorfälle im Kreishaus"

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 4. DS X/1336 Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS X/1347 Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss)

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Nach erneuter Überprüfung des potentiellen Konsolidierungskreises für den Rheingau-Taunus-Kreis durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde die nachrangige Bedeutung der betroffenen Aufgabenträger gemäß §112 Abs. 5 Satz 4 HGO in Verbindung mit § 53 GemHVO und den dazu erlassenen Hinweisen des HMdLuS festgestellt. Daher wird für 2019 auf die Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss) verzichtet.

Die nachrangige Bedeutung ist jährlich anhand der erlassenen Hinweise zu § 53 GemHVO zu überprüfen.

TOP 6. DS X/1370 Berichterstattung Konsolidierungskonzept und Plan-Ist-Vergleich zum 30.6.2020

Eine Frage des Abg. Müller wird von Landrat Kilian beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Berichterstattung der Plan-Ist-Zahlen zur Haushaltssituation des Rheingau-Taunus-Kreises per 30.6.2020 zur Kenntnis.

Für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes besteht gemäß Auflage der Aufsichtsbehörde keine rechtliche Notwendigkeit mehr.

TOP 7. DS X/1366 Kreditneuaufnahme in Höhe von 5,0 Mio. € aus Kreditermächtigung 2019

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 8. DS X/1383 Umstrukturierung, Erweiterung und Sanierung der Beruflichen Schulen Rheingau in Geisenheim

Landrat Kilian berichtet, dass die vorliegende Mitteilungsvorlage zu diesem TOP im Kreisausschuss beraten und ein abweichender Beschluss dazu gefasst wurde. Der Kreisausschuss hat mehrheitlich beschlossen, dass ein Projektsteuerer eingesetzt werden soll. Insoweit weicht der Beschluss von der ursprünglichen Vorlage ab.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, Landrat Kilian, Gagel, Metternich, Mahr, Barth, Ausschussvorsitzender Zehner, Lieber und Zarda.

Abg. Gagel bittet die Verwaltung zu prüfen, ob anstatt eines Projektsteuerers ein Gutachter eingesetzt werden kann, der die einzelnen Bauabschnitte während der einzelnen Bauphasen kontrolliert und überprüfen soll.

Landrat Kilian sichert eine Überprüfung bis zum Kreistag zu.

Die Vorlage wird so dann vertagt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 9. DS X/1384 Organisation- und Personalsituation der Kreisverwaltung im Bereich Zulassung und Führerschein/Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit: hier: Berichts Antrag Nr. 22/20 der AfD-Fraktion vom 05.08.2020

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Welche konkreten Maßnahmen (personeller und organisatorischer Form) wurden bisher erwogen und auch bisher durchgeführt? (Hauptstelle Bad Schwalbach und Außenstellen Idstein und Rüdesheim)
2. Welche konkreten Maßnahmen (personeller und organisatorischer Form) sind weiterhin in Planung und sollen in einen kurzfristigen Rahmen umgesetzt werden? (Hauptstelle Bad Schwalbach und Außenstellen Idstein und Rüdesheim)

3. Wurden bisher dauerhafte bzw. befristete Personalversetzungen aus anderen Fachbereichen in den Bereich Zulassung und Führerschein durchgeführt? Falls ja, bitte die Anzahl aufgeschlüsselt nach dauerhaft bzw. befristet. Falls nein, was waren die Gründe? Ist dieses in Zukunft geplant?
4. Welche Voraussetzungen müssen von der zu versetzenden Person bzw. auch vom Arbeitgeber für eine Versetzung in den Bereich Zulassung und Führerschein gegeben sein?
5. Wie lange dauert eine Schulung bzw. Einweisung von versetzten Personal in die Vorgaben und Abläufe im Bereich Zulassung und Führerschein?
6. Ist geplant z.B. durch ein Bonussystem oder Zulagen das Interesse für dauerhafte bzw. befristete Versetzungen auf freiwilliger Basis in den Bereich Zulassung und Führerschein zu erhöhen?
7. Wurde evaluiert welche Mitarbeiter aus anderen Fachbereichen möglicherweise bereits Kenntnisse im Bereich Zulassung und Führerschein haben? Wurden diese Mitarbeiter gezielt auf einen dauerhafte bzw. befristete Personalversetzung in den im Bereich Zulassung und Führerschein angesprochen? Falls nein, ist dieses geplant?

TOP 10. DS X/1385 Brandschutz Todesfall E-Auto; hier: Berichts Antrag Nr. 23/20 der AfD-Fraktion vom 04.08.2020, eingegangen am 05.08.2020

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Ist die Feuerwehr im Kreisgebiet bezüglich des Brandschutzes auf einen Einsatz bzgl. des Löschens von Bränden von Elektrofahrzeugen und Elektrobussen ausreichend geschult und geübt?
2. Welche Erkenntnisse hat die Feuerwehr im Allgemeinen bereits durch Lösch-Schulungen und Löschübungen an E-Autos und E-Bussen gewonnen?
3. Ist die Feuerwehr im Kreisgebiet auf einen Einsatz bzgl. des Löschens von Bränden von Elektrofahrzeugen ausreichend technisch und mit Material versorgt, welches im Speziellen bei Löschvorgängen dieser Art benötigt wird? Gibt es im Gebiet des Landkreises sog. „Löschcontainer“?
4. Wenn 3.) nein: Welche Material en fehlen und müssten im Rahmen einer Materialbeschaffung den örtlichen Feuerwehren im Kreisgebiet zur Verfügung gestellt werden?
5. In welchem Maß sieht die Kreisverwaltung durch eine sich erhöhende Elektro-Verkehrsdichte ein entsprechend steigendes Gefahrenpotential für Mensch und Material durch E-Brände?
6. Welche speziellen Problematiken sieht die Kreisverwaltung bzgl. einer möglichen zukünftigen Verwendung von Elektrobussen für die Sicherheit der Fahrgäste des Busses in Bezug auf die Brandgefahr?

7. Sind Serienbrände durch nebeneinanderstehende E-Fahrzeuge (z.B. an E-Landesäulen) durch Spontanbrand denkbar? Wer haftet, wenn der Verursacher des Brandes nicht ermittelt werden kann?
8. Bei Beschädigung beispielsweise des Asphalttes durch Hineinschmelzen und oder Gebäudeschäden in Tiefgaragen durch ein oder mehrere brennende Elektrofahrzeuge: Sind die Kosten der anschließenden Strassensanierung bzw. die Kosten der Gebäudesanierung durch die klassische Kfz-Haftpflichtversicherung vollumfänglich gedeckt? Wenn nein, welche Kosten könnten in einem anzunehmenden GAU auf den Kreis oder kreisangehörige Gemeinden zukommen?
9. Welche Empfehlungen kann die Kreisverwaltung Unfallbeteiligten im Falle brennender E-Autos bzgl. der „Ersten Hilfe“ geben?

TOP 11. DS X/1358 CityBahn: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden vom 2. Juli 2020

Es wurde verteilt die Stellungnahme des HMdLuS (**Anlage 1 der Niederschrift**). KB Döring berichtet aus den Beratungen im EUKA. Abg. Pörtner erläutert den Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE (**Anlage 2 der Niederschrift**). An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, Mahr, Gagel, Lieber, Landrat Kilian, KB Döring, Mayer und Zarda.

Ausschussvorsitzender Zehner lässt zunächst den Änderungsantrag abstimmen.

Dieser wird bei

1 Ja-Stimme
10 Nein-Stimmen und
4 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Zehner lässt so dann die Vorlage in der geänderten Fassung des EUKA abstimmen.

Die Vorlage wird sodann

einstimmig abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig abgelehnt**

TOP 12. DS X/1359 CityBahn: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden vom 2. Juli 2020

Abstimmungsergebnis: **von Landrat zurückgezogen**

TOP 13. DS X/1352 Resolution Respekt vor Einsatzkräften; hier: Antrag Nr. 16/20 der CDU-Fraktion vom 20. Juli 2020

Top 13 und TOP 14 werden zusammen behandelt. Dazu liegen Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Anlage 3 der Niederschrift) und Fraktion Die LINKE (Anlage 4 der Niederschrift) vor. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, Barth, Pörtner, Gagel, Müller, Zarda und Mahr.

Ausschussvorsitzender Zehner lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE abstimmen. Dieser wird bei:

11 Nein-Stimmen und
4 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird bei:

6 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen und
1 Enthaltung

mehrheitlich abgelehnt.

Der Ursprungsantrag der CDU-Fraktion wird bei:

9 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen und
4 Enthaltungen

mehrheitlich beschlossen.

Der Antrag der AfD-Fraktion wird bei:

2 Ja-Stimmen und
13 Nein-Stimmen

mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

Die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten ist ein wichtiger Bestandteil unseres freiheitlichen sowie demokratischen Rechtsstaates und daher lebenswichtig und existentiell für unsere Gesellschaft. Angesichts dieses bedeuteten Engagements für unsere Gesellschaft, welches durch einen selbstlosen Einsatz eingebracht wird, ist es unverstänlich, dass es bundesweit sowie in Hessen immer wieder zu Gewaltexzessen kommt, die mit Angriffen auf unsere Einsatzkräfte verbunden sind. Beispielhaft sind hier

die Attacke in Dietzenbach und die Ausschreitungen in Stuttgart zu nennen. Angriffe auf Polizei -, Feuerwehr – und Rettungskräfte sind Angriffe auf unsere Sicherheit, unsere Gesellschaft, unseren Rechtsstaat und damit vor allem auf unsere Werte. Diese Angriffe können wir weder akzeptieren noch tolerieren. Diese hemmungslose Gewalt, die unseren Einsatzkräfte zuteilwird, verurteilt der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises auf das Schärfste.

Unsere Einsatzkräfte, auch hier im Rheingau-Taunus-Kreis, verdienen bedingungslosen Rückhalt, Anerkennung und Respekt für ihr herausragendes zum Teil ehrenamtliches Engagement. Diese Wertschätzung zeigt unseren Einsatzkräften, dass wir sie, die im Interesse unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates für Sicherheit und Hilfeleistungen eintreten und damit auch die Grundwerte unserer Demokratie schützen, umfassend unterstützen.

Daher steht der Kreistag für mehr Solidarität, Verbundenheit und Rückendeckung für Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte ein, die auch durch jede Bürgerin und jeden Bürger unterstützenswert ist.

Nicht zuletzt stellt sich der Kreistag hinter die vielen ehrenamtlichen Einsatzkräfte in unserem Kreis, die Tag für Tag sich unentgeltlich gepaart mit viel Leidenschaft für uns Bürger einsetzen egal ob bei Verkehrsunfall, Brand oder Unwetterschäden. Das nötigt uns den größten Respekt ab und verdient die höchste Anerkennung.

TOP 14. DS X/1387 Resolution - Bewahrung der inneren Sicherheit, Rückendeckung und Respekt für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte; hier: Antrag Nr. 24/20 der AfD-Fraktion vom 04.08.2020, eingegangen am 05.08.2020

Siehe TOP 14

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 15. DS X/1388 Unverzögliche Wiederherstellung der Leistung der Kreisverwaltung im Bereich Zulassung und Führerschein; hier: Antrag Nr. 25/20 der AfD-Fraktion vom 05.08.2020

Die TOPs 15 und 16 werden zusammen beraten. Es liegen 1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion (**Anlage 5 der Niederschrift**) und ein Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion (**Anlage 6 der Niederschrift**) vor.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Gagel, Zarda, Lieber, Mahr, Linke, Landrat Kilian, Müller Emamalizadeh und Gagel vor.

Ausschussvorsitzender Zehner lässt zunächst über den Ursprungsantrag der AfD abstimmen. Dieser wird bei:

2 Ja- Stimmen
12 Nein-Stimmen und
1 Enthaltung

mehrheitlich abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Zehner lässt dann den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Dieser wird bei:

6 Ja-Stimmen und
9 Nein-Stimmen

mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend lässt Ausschussvorsitzender Zehner den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen. Dieser wird bei

13 JA-Stimmen und
3 Nein-Stimmen

mehrheitlich beschlossen.

TOP 16. DS X/1389 Situation Zulassungsstelle/Delegationsgemeinden; hier: Antrag Nr. 26/20 der CDU-Fraktion vom 05.08.2020

Siehe TOP 15.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird unverzüglich aufgefordert, eine angemessene Lösung für die Situation bei der Zulassungsbehörde zu finden und schnellstmöglich zu handeln.

2. Der Rheingau-Taunus-Kreis wird gebeten zu prüfen, inwieweit bestimmte Aufgaben rund um die Zulassung eines Fahrzeugs an Städte und Gemeinde im Rheingau-Taunus-Kreis delegiert werden können, um somit zu einer generellen Entlastung der Zulassungsbehörde beizutragen und die Bürgerfreundlichkeit weiter zu optimieren.

3. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, schnellstmöglich die i-KfZ Anwendungen (internetbasierte Fahrzeugzulassung) bspw. Abmeldungen, Neuzulassungen, Wiederzulassungen, Adressänderungen oder Umschreibungen umzusetzen und den Bürgern anzubieten.

TOP 17. DS X/1368 Generalsanierung IGS Obere Aar und Berufliche Schulen Untertaunus, Taunusstein-Hahn

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 18. DS X/1373 Verkauf einer Teilfläche aus dem Schulgrundstück der Rheingauschule in Geisenheim

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 19. DS X/1325 Bericht des Portfoliobeirates zum Zins- und Kreditmanagement

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 20. DS Tagesordnung der Kreistagssitzung am 31.08.2020

Die Empfehlungen zur Tagesordnung sind der Niederschrift als **Anlage 7 der Niederschrift** beigefügt.

TOP 21. DS Verschiedenes

Abg. Metternich bittet die Verwaltung den Link zum PV-Rat Sitzungsdienstprogramm auf der Frontseite der Homepage direkt einzustellen. Landrat Kilian sichert dies zu.

Bad Schwalbach, 28. August 2020

.....
(Sandro Zehner)
Ausschussvorsitzender

.....
(Franco Matera)
Schriftführer